

## Forum Eine Welt Baden-Württemberg



Nr. 1, 15. Juli 2010

### **SPD-Bundestagsfraktion legt Aktionsplan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vor**

Der Aktionsplan der SPD-Fraktion „Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele“ wurde kürzlich im Bundestag beraten. Die SPD fordert darin die Bundesregierung auf, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die so genannte ODA-Quote, für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Dazu gehören Korrekturen im Bundeshaushalt, damit das Zwischenziel von 0,51 Prozent des BIP im Jahr 2010 erreicht werden kann. Dies ist durchaus möglich, wenn innovative Finanzierungsinstrumente, wie etwa die Einnahmen aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten oder aus einer Finanztransaktionssteuer, weiter verfolgt werden.

### **Wir brauchen wieder eine engagierte Entwicklungspolitik**

Die Bundesregierung muss zur engagierten Entwicklungspolitik der Jahre 1998 bis 2009 zurückkehren und wieder eine Vorreiterfunktion im Kampf gegen Hunger und Armut einnehmen. Als weltweit drittgrößter Geber muss Deutschland die Bestrebungen des UN-Generalsekretärs für eine gemeinsame Strategie unterstützen und sich auf der Konferenz der Vereinten Nationen im September dieses Jahres für einen Aktionsplan der Staatengemeinschaft einsetzen und diesen maßgeblich mitgestalten. Die schwarz-gelbe Koalition setzt durch ihre Politik die Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit aus den letzten gut 10 Jahren aufs Spiel. Warme Worte, aber keine Taten – das gefährdet die Glaubwürdigkeit Deutschlands.

### **Internationale Zusagen einhalten**

Als sich im September 2000 in New York 189 Staats- und Regierungschefs mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen erstmals auf einen Katalog grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für eine weltweite Entwicklungspolitik einigten, haben sie der Welt ein ehrgeiziges, aber erreichbares Versprechen gegeben. Die konkreten Ziele sollen, so wurde es vereinbart, bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Zu ihnen gehört: die Bekämpfung der extremen Armut, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Müttergesundheit (hier wurden die geringsten Erfolge erzielt), der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

### **Sachverständige kritisieren die Bundesregierung**

Am 16. Juni 2010 führte zudem der Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit eine öffentliche Anhörung zu den Millenniumszielen durch. Scharf kritisiert wurde von den Sachverständigen, dass die Bundesregierung in diesem Jahr ihr Versprechen, 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, gebrochen hat. Es herrschte große Einigkeit, dass verlässliche Finanzierung der Grundstein für erfolgreiche und effektive Entwicklungszusammenarbeit ist. Die Bundesregierung, allen voran die Bundeskanzlerin, muss zu ihrem Wort stehen und dringend auf den Pfad des ODA-Stufenplans zurückkehren. Ohne die international zugesagten ausreichenden Mittel lassen sich die Millenniumsziele nicht erreichen. Unsere Partnerländer brauchen Verlässlichkeit und keine Politik der gebrochenen Versprechen, wie sie von dieser Bundesregierung betrieben wird.

*Den Aktionsplan und die Rede von Karin Roth finden Sie auf [www.karin-roth.de](http://www.karin-roth.de)*

### Jedes Kind braucht eine Chance zum Überleben

Zum Tag des Afrikanischen Kindes am 16. Juni erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion **Karin Roth**:



Noch immer sterben jedes Jahr fast neun Millionen Kinder vor dem fünften Lebensjahr an Krankheiten, an Hunger und durch Gewalt. Besonders in Subsahara-Afrika ist die Kindersterblichkeitsrate am höchsten. Das Millennium-Entwicklungsziel 4, die Senkung der Kindersterblichkeit, wurde in Subsahara-Afrika zu lediglich 31 Prozent erreicht. Konkret heißt das: von 1.000 geborenen Kindern erreichen 145 nicht das fünfte Lebensjahr. Damit nicht genug. Die Weltbank schätzt, dass aufgrund der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise bis 2015 etwa 1,2 Millionen Kinder zusätzlich sterben werden, wenn nicht politisch und finanziell gegengesteuert wird. Wegen der verheerenden HIV-Epidemie im südlichen Afrika steigt die Zahl der AIDS-Waisen dramatisch an. So gibt es bereits elf Millionen Kinder in Afrika, deren Eltern an AIDS gestorben sind. Die Umsetzung des Millenniumziels 6, die Bekämpfung von HIV/Aids,

könnte ihnen helfen. Zudem gibt es nach wie vor schwere Kinderrechtsverletzungen wie den Einsatz von Kindersoldaten, Sklaverei von Kindern und die Genitalverstümmelung an Mädchen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Um das Leben der Kinder zu retten, zum Beispiel durch Impfungen, müssen dafür mehr Mittel bereit gestellt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf langfristigen Wirkungen der Kindersterblichkeit und fehlender Grundbildung ernst zu nehmen und ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Auf dem G8-Gipfel in der kommenden Woche kann die Bundesregierung durch konkrete finanzielle Zusagen und konkrete Vorschläge für einen gemeinsamen Umsetzungsplan beispielhaft zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele beitragen.

### Anpfiff zur Fußball-WM in Afrika – Rote Karte gegen Kinderarbeit

Zum internationalen Tag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2010 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion **Karin Roth**:



Die ganze Welt schaut nach Südafrika. Die erste Fußball-Weltmeisterschaft auf afrikanischem Boden ist aber auch eine große Chance für die Entwicklung des gesamten Kontinents. Dazu zählt auch die wirksame Bekämpfung der Kinderarbeit, die vor allem in Afrika südlich der Sahara in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

Weltweit müssen 215 Millionen Kinder arbeiten, davon allein 65 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Damit muss rund jedes vierte Kind zum Überleben der eigenen Familie beitragen. Das ist ein untragbarer Zustand. Um dies zu ändern, muss Deutschland Maßnahmen verstärken, die dazu beitragen, die Kinderarbeit zu stoppen. Ein wichtiger Schritt wäre, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen unter anderem zur Beschaffung von Gütern für alle Bür-

ger einsehbar nachzuweisen, dass die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen mit dem Verbot von Kinderarbeit eingehalten wurden.

Millionen von Kindern arbeiten anstatt in die Schule zu gehen, weil ihre Eltern bereits nicht zur Schule gegangen sind. Auch wenn arme Eltern ahnen, wie wichtig Bildung für ihre Kinder ist, die Hürden für einen Schulbesuch sind groß: schlecht ausgebildete Lehrer, Schulgebühren oder einfach fehlende Schulen. Also schicken arme Eltern auch ihre Kinder zur Arbeit statt in die Schule.

Die Bundesregierung muss hier endlich Farbe bekennen und gemeinsam mit den Partnerländern wirksame Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarbeit entwickeln. Dazu gehört neben der Verbesserung der Einkommenssituation der Eltern vor allem das Thema Bildung. Denn eines ist klar: Durch die Beseitigung von Kinderarbeit wird Kindern überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen, sich über Bildung eine eigene wirtschaftliche Existenz für später aufzubauen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich in den Verhandlungen mit den Entwicklungsländern für die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht einzusetzen. Außerdem müssen sich die weltweit tätigen Unternehmen weit aus stärker als bisher auf die Selbstverpflichtungen gegen Kinderarbeit im Rahmen der UN-Initiative Global Compact und der OECD-Leitsätze verpflichten.

## Bekämpfung von Krankheiten in Entwicklungsländern

Deutschland in der Verantwortung

Zur Bekämpfung der vernachlässigten Erkrankungen und von Kinder- und Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern müssen sich Wirtschaft, Wissenschaft und Politik international gemeinsam organisieren. Zu den acht Millenniumsentwicklungszielen, auf die sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 einigte, gehören die Bekämpfung von Kinder- und Müttersterblichkeit sowie die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu am 8.7. den Antrag „Deutschlands Verantwortung für die Gesundheit in Entwicklungsländern - Vernachlässigte Krankheiten bekämpfen, Kinder- und Müttersterblichkeit verringern und Globalen Fonds stärken“ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702135.pdf>) ins Parlament eingebracht. Darin wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, dem Globalen Fonds für seine Arbeit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ausreichend und verlässlich Mittel zur Verfügung zu stellen, die Forschung und den Aufbau von Gesundheitssystemen zu fördern sowie den Genderaspekt zu berücksichtigen. Entwicklungsländer, die Partner der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind, sollen mindestens 15 Prozent ihres Haushaltsbudgets für das Gesundheitswesen einsetzen.



Armutbedingte, vernachlässigte Krankheiten sind immer noch mitverantwortlich dafür, dass die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern bis zu 30 Jahre unter der in Industriestaaten liegt. Jahr für Jahr sterben Millionen Menschen an Krankheiten, die vermeidbar oder behandelbar wären. Der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung, die neben der kurativen (heilenden) Behandlung von Erkrankungen auch vorbeugende und gesundheitsförderliche Elemente umfasst, ist für die armen Teile der Weltbevölkerung nicht möglich. Gründe dafür sind nicht nur zu hohe Kosten, fehlende Infrastruktur oder

mangelnde sozialer Absicherung. Für viele Krankheiten fehlen immer noch Therapiemöglichkeiten oder diese sind verbesserungsbedürftig. Dies gilt auch für Mittel zur Krankheitserkennung (Diagnostika) und Krankheitsvorbeugung (Präventiva), wie z. B. Impfstoffe. Die Anstrengungen, vor allem die Ausbreitung von Infektionskrankheiten durch Aufklärung, Prävention oder bedarfsgerecht verfügbare Impfstoffe einzuschränken sind noch immer unzureichend.

Die Rede von Karin Roth und die anderen Debattenbeiträge können Sie unter <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17055.pdf> nachlesen oder im Internet als Videostream unter <http://www.karin-roth.de/index.php?page=163> ansehen.